

Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit u. Vaterland

Streits, höhere Gewalt und Betriebsförderung enthalten den Verlag von der Haftung für Verzögerung und Entschädigung.
Verlag: Verein der Deutschen Demokratischen Partei, Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30.
Schriftleitung: Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30. Fernsprecher Nr. 1277

Das politische Wegweiser erscheint wöchentlich einmal am Sonntag. Preis 20 Pf. In Abonnement monatlich 6 Mark. Bestellungen nehmen alle politischen Zeitungen, Briefträger und der Verlag (Halle), Gr. Brauhausstraße 30.

Nummer 41

Halle, 13. Oktober 1928

4. Jahrgang

Wege zur Reichsreform

Während die außenpolitischen Fragen, wenigstens für Deutschland zunächst etwas zurücktreten, drängt die Reform der Reichsverwaltung stark in den Vordergrund. In diesem Monat finden zwei Konferenzen mit den Vertretern der Länder statt, die sie zum Gegenstand haben. Dabei ist die Vorbereitung im Reichsjustizministerium unter Leitung von Weisner doch immerhin nur ein Ausschritt. So bedeutungsvoll auch eine Vereinheitlichung der Justiz wäre, bleibt sie im Rahmen dessen, was vorher in der Sitzung der Ministerpräsidenten zur Abänderung der bestehenden Verhältnisse auf allgemeinem Gebiet erörtert werden soll. Ueber die Bedeutung dieser Probleme ist man sich bei uns allmählich klar geworden, nachdem Jahre hindurch große Parteien und mit ihnen gewisse Länderregierungen den heftigsten Widerstand geleistet und die Notwendigkeit einer solchen Reform bestritten haben. Diese Stimmen wenigstens sind verstummt. Allerdings sind damit die Schwierigkeiten nicht etwa überunden. Man kann es sogar als zweifelhaft bezeichnen, ob die Widerstände nennenswert vermindert worden sind. Was sich dagegen rührt, muß unter verschiedenen Gesichtspunkten betrachtet werden. Es ist nicht einheitlich. Einmal sind es die üblichen Personalfragen, welche will sein Können ausgeben zu Aus und Kommen des großen Ganzen. Das gilt vom Minister ebenso so gut wie von den nachgeordneten Stellen. Darüber muß man zur Tagesordnung übergehen. Dann kommen jene Städte, die heute beinahe ausschließlich von der Regierung und den Parlamenten leben. Dessau, Schwernitz, Strelitz, Demold, Wilsdrub, sinken in die Verarmungslosigkeit kleiner Provinzialstädte zurück, wenn ihre Einkünfte fortfallen. Auch darüber kann keine Rücksicht genommen werden. Wägher sind wirtschaftliche Bedenken. Wänder der Staat hat sich nur ermutigen können, weil er eine eigene Vertretung in Berlin hatte, die diese Interessen wahrnahm. Erinnerung sei an die Ratvorkommen an Kofel, an die Gesandten, an die Missionen und vieles andere. Das letzte Nennnis ist die Furcht, die Eigenart der Deutschen Schwärme könnte bleiben. Diesen Einwand jedoch ist als den schwächsten anzusehen, denn die gewaltige Kulturerhaltung Deutschlands, die nirgends in der Welt ihres Gleiches hatte, beruht ja nicht zuletzt darauf, daß wir viele Kulturzentren besitzen, die von ihren Fürsten oder Regierungen gefördert wurden. Wir sind der Auffassung, daß entscheidender Wert darauf gelegt werden muß, diese Entwicklungsmöglichkeiten nicht abzugeben. Im Gegenteil. Je stärker die Zentralisation der Gesetzgebung wird, umso forgeramer muß das Eigenleben behütet werden. Das läßt sich aber auch durchaus erreichen. Frankreich ist dafür ein glänzendes Beispiel. Wien und Brüssel, Magdeburg und Hannover haben sich weiter entwickelt, obwohl sie in einem 40-Millionen-Staat zusammengefaßt worden sind.

Groß-Preußen?

Im meisten wird der Weg über Groß-Preußen befristet. Die Gründe dafür liegen auf der Hand. Im Norden ist man williger, staatliche Hoheitsrechte zu opfern, als im Süden. Diese Stimmung will man ausnützen. Man will das Deutschland nördlich des Main einheitlich gestalten in der Hoffnung, daß sich dann der Süden von selbst anschließt, weil er keine anderen Möglichkeiten besitzt, zur Geltung zu kommen. Es ist also die Politik des schwächeren Widerstandes. Davon geht auch Luther in seinem Bund der Erneuerung aus. Man hat uns erklärt, die Gefahr einer neuen Mainlinie sei nicht groß. Wir sind genau entgegengesetzter Ansicht. Auch wenn man im Nordstaat dafür Sorge trägt, daß der Einfluß dieses Groß-Preußen nicht überwiegt, und das ist leicht zu erreichen, da ja die Verfassung von Weimar Preußen nur zwei Fünftel aller Stimmen zugebillt, wird doch der Druck zu groß. Nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich. Mit Ausnahme der Wasserkräfte besitzt kaum der Norden alles. Er ist tatsächlich Deutschland. Daß sich dagegen der Partikularismus rührt, ist selbstverständlich. Er kann diese Hebermacht nicht ertragen. Dazu kommt, daß dieser Norden ja auch vollständig anders zusammengefaßt ist, als der Süden. Slavischer Einfluß überwiegt im Gegensatz zum romanischen. Auch kommt der konfessionelle Unterschied hinzu. Man soll diese Impponderabilien nicht unterschätzen. Sie haben in unserer Geschichte eine verhängnisvolle Rolle gespielt. Gerade weil die Menschen unter ihnen vor allem die Vansafälle, aber auch Gauen und Thüringen reichswilliger sind wie etwa Bayern und Württemberg, soll man eine gewisse Zurückhaltung malen lassen. Nach 1866 hat Bismarck das Ansehen Bismarcks, in den Norddeutschen Bund einzutreten, abgelehnt, um die Regierungen in Stuttgart und München

nicht vor der Kopf zu stoßen. Diese Politik hat sich durchaus bewährt. Sie kamen alle, als der Krieg gegen Frankreich ausbrach.

Reichslande?

Es ist sehr viel auch von der Möglichkeit gesprochen worden, Reichslande zu schaffen, d. h. Staaten, die ihre gesamte Oberhoheit an das Reich abgeben und von ihm nur verwaltet werden. Verfassungsmäßig bestehen dafür nicht die geringsten Aussichten. Vor allem laßt sich nicht die Schwere der Aufgabe, die Reichsstaaten nicht zu verlieren, auf das Reich übertragen. Soll das Reich die Steuern von Kinn-Deutmal oder von Anhalt abgeben? Damit würden die kriegsreichen Staaten nicht einverstanden sein, weil die Macht des Reiches auf ihre Kosten erheblich wachsen müßte. Die Stimmen zu streichen, geht auch nicht an, denn das würde eine Verminderung ihres Reiches mit sich bringen, so der kein Anlaß vorliegt. Auch würde es sich von selbst zeigen, daß diese Länder vom Reichstage bevorzugt werden, da er ja für sie die volle Verantwortung trägt. Es hätte auch gar keinen Zweck, wenn nicht Preußen, Sachsen und Thüringen zu ihnen gehören. Eine Vereinheitlichung wäre ohne das nicht zu erzielen. Kommen sie aber, so haben wir wieder Norddeutsches in Personalunion mit dem Reich gegenüber den selbständigen süddeutschen Staaten, also ungelähr Groß-Preußen. Alles, was wir oben darüber gesagt haben, hätte dann keine Geltung.

Die Personal-Union

Von vielen Seiten, darunter auch vom Stahlhelm, wird eine Personalunion zwischen Reich und Preußen geordert. Der Reichspräsident wäre gleichzeitig Staatspräsident, der Reichstämter Preussischer Ministerratspräsident, der Reichspräsident Preussischer Staatspräsident. Wie sich dann der Einfluß verhielte, kann man nicht wissen. Die Anhänger der Reichs glauben offenbar, Preußen würde zurückgedrängt, was ja aus parteipolitischen Gründen für sie erfürsünder ist. Das ist möglich, aber nicht gerade erfreulich, denn es müßte im alten Preußen, also den Gebieten diesseits der Elbe, eine Reichs-verdrossenheit hervorgerufen, weil ja Westen voraussichtlich mit dem Süden häufig zusammengehen würde. Sie stehen durch Religion, Abhängigkeit und teilweise gemeinschaftliche Geschichte einander näher, als sie beide dem Osten. Es kann aber auch umgekehrt kommen, daß Preußen die Führung erhält. Auch das wäre nicht gerade zu begehren. In Wirklichkeit ist es das Ausweg, den man als Zeitwähler auf eine große Wunde bezeichnen kann. Auch Luther hat viel zur Begründung gesagt, stichhaltig war nichts.

Die Vorschläge Dr. Brechts

Genie Bedeutung verdienen Vorschläge, die der Preussische Ministerialdirektor Dr. Brecht, den Herr von Wendell aus dem Reichsjustizministerium herausgedrängt hat in Ein vor dem Verein der Kommunalbehörden ausführlich erörtert. Er verlangt gleichartige Dezentralisation und weitgehende Übertragung von Aufgaben zur selbständigen Erledigung. Wie er sich die Sache denkt, zeigte er an dem Beispiel Mecklenburgs, das seine Justiz wegen zu hoher Kosten dem Reich angeboten hat. Da dieses aber keine eigene Justizverwaltung besitzt — seine einzige Instanz für Rechtssprechung ist das Reichsgericht in Leipzig — soll Preußen diese Aufgabe übernehmen. Jedes Land, das sich Arbeiten ersparen will, könnte dann das Reich als Vermittler anrufen. Für eine kurze Uebergangszeit ließe sich darüber werden. Wir sehen aber auch darin nur die Furcht. Was uns helfen kann, ist einzig und allein der Einheitsstaat, um diesen gefährlichen Namen einmal anzuhängen. Aber nur der Dezentralisierte. Es wäre unangenehm, wenn die Berliner Bürokratie ganz Deutschland bis in die letzten Winkel regierte, wobei wir ausdrücklich bemerken wollen, daß die Berliner Bürokratie nicht etwa aus Berlin besteht, noch nicht einmal überwiegend aus Berlin. Das süddeutsche Element ist in ihr stark vertreten und genau so allmählich eingewickelt wie alles Andere. Wir sind der Auffassung, daß eine Vereinheitlichung zugleich mit der Dezentralisation erfolgen muß. Vielleicht muß diese sogar vorgehen. Zum mindesten sollten die Entwürfe für sie fertig sein, ehe man an das große Problem herantritt.

Die Dezentralisation

Was wir darunter verstehen, muß einmal klargestellt werden. Von allen Behörden ist nur die Post auf diesem Wege vorwärts gegangen. Der Oberpostdirektor hat gewisse Beauftragte in seinem Amtsbezirk. Er kann Gelder bewilligen und Anschaffungen anordnen, ohne erst der Finanzverwaltung zu befragen, was meistens sehr lange dauert. Sonst ist das nirgends der Fall. Wenn am Amtsgericht

in Kleinleifersdorf die Sekretärin beirätet, hat der Amtsrichter eine neue zu beantragen, da der Posten erledigt ist. Sein Schreiben geht an das Landgericht, von diesem an das Oberlandesgericht, das es an das Justizministerium weitergibt, und da es sich um eine Geldfrage handelt, muß das Finanzministerium angerufen werden, dessen Entscheidung dann auf genau demselben Wege zurückgeht, bis sie nach einem halben Jahre in Kleinleifersdorf einget. Ebenso wird in der Verwaltung, bei den Domänen, bei den Finanzämtern, ja, bei jeder Behörde verfahren. Die Provinzen und entsprechend die Länder, die Provinzen bleiben, müssen in dieser Hinsicht von der Zentrale losgelöst werden. Was nur die Provinz angeht, hat der Provinziallandrat zu erleben im Einverständnis mit dem Oberpräsidenten. Vielleicht kann man auch die Leiter verführt jeder Provinz dazu rechnen. Ebenso die Schulen, das Reich hat nur die Richtlinien zu schaffen und die Zweige zu verwalten, die allen gemeinsam sind, wie Post, Eisenbahn, Wasserstraßen. Aber auch hier mit der Einschränkung, daß sich die Zentrale nicht um jede kleine Finanzierung geht, man einen anderen Weg, so schafft man eine Bürokratie, die Deutschland in Grund und Boden reiert. Hat man aber nicht mehr davor zurückgeschreckt, dann soll man auch nicht mehr davor zurückschrecken, die Arbeit der Länder auszuheben. Es man in München und Karlsruhe widersteht, ist ganz gleichgültig. Ein Volkseinstimmig würde aus Ziel führen. Dann würde sich auch zeigen, daß der Partikularismus nur oben und nicht unten besteht.

Pressfreiheit

Der Vertreter der Bearbeiter in Paris, Moran, hat das Mandat des Anst O'Don in die französische Gesellschaft über das Marineabkommen nach New York gebandelt, wo es „New York American“ veröffentlichte. Der Sturm der Emotion hat sich ja auch inzwischen noch nicht gelegt. Wo Moran das Dokument erhalten hat, ist durch die Unterirdung offenbar nicht klargestellt worden. Die französische Regierung hat darauf das Dimittie getan, was sie tun konnte, nämlich Moran erst verhaftet und dann ausgewiesen. Mit Recht fragt Moran in seiner Klage, ob die französische Regierung damit zugeben wolle, daß ihre Geheimdiplomatie befechtlich war. Seit argwohnt man erst recht, daß das Abkommen Dinge enthält, die das Licht der Öffentlichkeit scheuen. Die Pressefreiheit ist eben ein Sauerbräu, das man nicht entbehren kann.

Die italienische Note

Die Antwort Italiens auf die Mitteilung ihres Marineabkommens ist fühlnehmend, doch nicht daran liegt die Bedeutung. Mussolini fordert die Gleichberechtigung mit Frankreich zur See. Ausgeschlossen lautet das einleitende Echo in der Pariser Presse, die schlammig erklärt, dann werde Italien die Herrschaft im Mittelmeer an sich reihen und vielleicht sogar Tunis übernehmen. Deutscher kann man nicht mehr werden. Für die europäische Politik ist dieser Schritt der italienischen Schwester jedenfalls sehr bemerkenswert. Er kann eines Tages ein Kernproblem werden.

Richard May

Die Rettungsaktion für Thälmann

Der Note Frontkämpferbund läßt seinen obersten Chef nicht im Stich. Die Wostauer Zentralisierung der kommunistischen Partei wird seit dem Tage, an dem der Reichsbesitz für Thälmann erlassen wurde, mit Zufriedenheit und Bestürzung beobachtet, die sich für die Anknüpfung des Beschlusses einsetzen und keine sofortige Beifreiheit nach Deutschland verlangen. Die Gegner Thälmanns in der deutschen kommunistischen Gruppe werden verächtlich, im mit den Mitteln einer bösartigen Intrige verfahren zu haben, um das Besetzene gegen ihn innerparteilich auszuspielen und ihren Anschuldigungen zum Siege zu verhelfen. Der scharfe Druck, der auf diese Weise ausgeübt wird, scheint nicht ohne Wirkung zu bleiben. Wie in der kommunistischen Presse berichtet wird, hat sich die maßgebende Wostauer Instanz dahin geäußert, daß die bisherige Art des Vorgehens gegen Thälmann ein Fehler gewesen sei und daß sie ihre Zustimmung zu dem Beschluß zurückziehe, der ihn vor das oberste Parteigericht zitierte. Man erwarte eine Revision dieses Beschlusses durch das OTRI und eine Rehabilitierung Thälmanns. Die Verwirrung scheint also sehr erheblich zu sein, namentlich offenbar unter dem Eindruck, daß man den Gegner willkommene Material und eine gefährliche Waffe bietet. Vielleicht rettet diese Erkenntnis Thälmann.

Wirtschaftspartei und Staat

Doch unter den schlimmen Folgen des Weltkrieges hat die Wirtschaftspartei, also die selbständigen Elemente in Handwerker, Gewerbe und Kleinhandel, auch heute noch ganz besonders leidet — wer wollte das leugnen? Es ist daher auch sehr wohl verständlich, daß die Angehörigen des Mittelstandes, die den Druck der finanziellen Anforderungen von Reich, Staat und Gemeinden in vollem Umfange zu tragen haben, die von der Notlage der Einzelwirtschaften so fühlbar mitbetroffen werden, verstimmt, verärgert, verbittert sind und bringend nach Rettung aus einem auf die Dauer unhaltbaren Zustande Umschau halten. Ueberaus bemerkenswert ist es, daß die beteiligten Kreise in nicht geringerem Umfange falschen Lösungen ihr Ohr geliehen haben und Rettung von einer Partei erhoffen, die rückwärts losen Materialismus predigt, den Staat zwar nicht leugnet, aber jede Staatspolitik als nebensächlich behandelt, die insofern selbst für kein wirkliches politisches Programm besitzt, sondern alles Heil von der Durchführung eines rein mittelständlerischen Programms erwartet. Diese Gruppe, die Wirtschaftspartei oder Reichspartei des deutschen Mittelstandes, hat bei den letzten Reichstagswahlen nicht geringen Zulauf gefunden, da sie mit Verheißungen nicht gefehlt und jedem Lebenswichtig zum Munde geredet hat: mit ihren rund 1,4 Millionen Wählern und ihren 23 Reichstagsmandatären stellt sie die einzige „bürgerliche“ Partei dar, die bei den letzten Wahlen einen namhaften Stimmengewinn zu verzeichnen hat.

Diesen Erfolg verdankt die Wirtschaftspartei zum großen Teil ihrer Agitation, die bemüht ist den Handwerker und Kleinrentner die Vorstellung zu wecken, als sei es möglich, unter Aufgrasung aller anderen Faktoren wirtschaftlicher und politischer Art lediglich dem Mittelstande seine Existenz dauernd zu sichern. Der Führer der Wirtschaftspartei Abgeordneter Drewnig hat dies einmal so formuliert: „Die Mittelständler wollen nicht eine Partei sein, die allen Schichten der Bevölkerung gerecht wird, sondern die das Besten für sich offen und ehrlich, in erster Linie dem Mittelstand dienen soll.“ Von dem Staat aus der Grundlage aller Wirtschaft und Politik ist bei der Mittelstandspartei recht wenig die Rede, obwohl gerade im Laufe der letzten Jahre aus Grund der inzwischen gewonnenen Erfahrungen einflussreiche Führer der Wirtschaft aus Großhandel, Schwerindustrie und Bankwesen, die der Wirtschaft früher am liebsten den ersten Platz im Staate zugewiesen hätten, erkannt und es auch offen ausgesprochen haben, daß dem Staat immer der Vorrang und die Oberhoheit über die Wirtschaft gebührt. Die Wirtschaftspartei dagegen weiß nichts davon, daß erst das Vaterland kommt, dann der Beruf und der Bürger, und daß der einzelne Stand nur gegeben kann, wenn es um das Ganze wohl steht. So vermeidet denn diese Partei auch jede deutliche Stellungnahme zu den großen ersten Problemen der Staatsform, der Verfassung des geistigen und kulturellen Lebens, der auswärtigen Politik; nur das eigene materielle Interesse wird in den Vordergrund gehalten. Wie der mittelständlerische Abgeordnete Vorrmann einmal mehr wahr als sich ausdrückte: „Unser Weltanschauung besteht in der Frage: Was haben wir morgen zu essen?“ — Bei der Weichgläubigkeit gegen den Staat und seine wesentlichen Aufgaben erklärt sich auch leicht, daß die Wirtschaftspartei so oft im Reichstag bei Beschläüssen über politische Fragen konform gestimmt hat, selbst bei den lebenswichtigen Problemen, die das neue Deutschland kennt, so bei dem Locarno-Vertrag und ähnlichen Fällen. Die Führer der Wirtschaftspartei haben diese bejämmernde Uneinigkeit mit der Behauptung zu entschuldigen versucht, daß Auseinandersetzungen über diese Dinge, daß die Festhaltung der Wirtschaftspartei, zu der die Wirtschaftspartei im früheren Reichstag gehörte, aus ganz verschiedenen voneinander unabhängigen Elementen zusammengesetzt gewesen sei, aus der Wirtschaftspartei, den Deutsch-Bannoverern und dem Bayerischen Bauernbund; jede dieser Parteien habe eben nach ihren Grundfragen gestimmt. Das trifft

nicht zu, denn bei diesen bedeutsamen Abstimmungen haben auch die Angehörigen der Wirtschaftspartei einander widersprochen, ja gerade bei dem Locarno-Vertrag. Ein anderes Beispiel von vielen: Der eine Führer der Wirtschaftspartei Abgeordneter Drewnig unterzeichnete als Mitglied der Liberalen Vereinigung eine Kundgebung gegen den Schulgesetzentwurf; der andere Führer der Partei, Abgeordneter Dr. Dredt, erklärte sich zur selben Zeit mit dem feindlichen Schulgesetzentwurf einverstanden. Und dann noch einen Fall: Im Oktober 1925 veröffentlichte Abgeordneter Dr. Dredt einen Aufruf, worin er unter Bezugnahme auf die Agitation für die Fürstenerhebung nachdrücklich, daß nach Artikel 153 der Reichsverfassung das gesamte Eigentum durch einfaches Reichsgesetz ohne alle Entschädigung entzogen werden könnte; ein paar Wochen später aber erklärte derselbe Abgeordnete Dr. Dredt im Reichstag, daß der Artikel 153 eine Entzögerung ohne Entschädigung ausschliesse.

Derartige Widersprüche hat sich die Wirtschaftspartei schon zu Duzenden geleistet. Man sieht daran, daß bei ihr das staatliche Interesse nicht gut ausgehoben ist. Ohne Förderung dieses Interesses und ohne lebhafteste Beteiligung an allen Aufgaben, die dem Staate zuteil kommen, aber kommt man als Mittelständler, dem es um seine Bestrebungen ernst ist, nicht weiter. Heute könnte allmählich wohl jeder eingesehen haben, daß der Staat auf die Entzögerung der Wirtschaft den weitestgehenden Einfluß ausübt, und daß es nicht angeht, vor den staatlichen Aufgaben die Augen zu verschließen, sei es, weil man sie nicht für wichtig genug hält, sei es auch — und dies gilt recht stark von der Wirtschaftspartei — weil man durch eine klare Stellungnahme zu bestimmten Problemen den einen oder den anderen Anhänger vor den Kopf stoßen will. Auch wenn man das Wort, daß der Mensch nicht vom Brot allein lebt, in diesem Zusammenhang außer Betracht läßt und sich rein an die ökonomischen Tatsachen hält, läßt sich die Bedeutung des Staates und seiner Funktionen auch für die wirtschaftliche Lage nicht verkennen.

Was folgt aus alledem? Daß die Weichgläubigkeit der Wirtschaftspartei gegen die Staatspolitik unmaßstäblich, unehrlich und schädlich ist. Schädlich auch im Hinblick auf die Ziele, die die Partei zu erreichen sucht. Staatsgesinnung muß gepflegt und gefördert werden, nicht nur aus dem inneren Volksbewußtsein heraus, nicht nur zur Führung einer fruchtbareren auswärtigen Politik, nicht nur zur Aufrechterhaltung unserer nationalen Kultur, sondern auch zur geistlichen Pflege unserer wirtschaftlichen Belange. Wenn daher eine Partei kommt, die den Anspruch erhebt, die Interessen des Mittelstandes zu vertreten, und wenn diese Partei keine einwandfreien Antworten zu geben weiß auf die Fragen: Wie hält es mit uns mitgerade? Wohin führt uns die Politik der Demokratie, wie hält es mit der Wirtschaft, wie hält es mit den Reichsgeräten, wie hält es mit einer freizeitlebigen Kultur? — dann wird man ihr auch nicht glauben dürfen, daß sie imstande ist, die Räte von Handwerk und Gewerbe zu befehlen.

Volksbegehren

Die Kommunisten und der Stahlhelm.

Von Dr. Kulis, Reichsminister a. D.

Unter normalen Verhältnissen sollen in einem parlamentarisch regierten Land das Parlament und die von ihm bestimmte Regierung die Initiative der Gesetzgebung haben. Ein Ansehen des ganzen Volkes muß für ganz besondere Lebensprobleme vorbehalten bleiben. Die Regierung zur Herbeiführung eines Volksentscheides wird — abgesehen natürlich von den aus reinen Demagogie unternommenen — um so seltener sein, je weniger Parlament und Regierung selbst durch entsprechende Gesetze oder Ausreden die entscheidenden Probleme ansprechen.

Gegenwärtig sind zwei Volksbegehren zu erwarten. Das eine wird von den Kommunisten betrieben und hat das

gesetzliche Verbot der Erbauung von Panzerzeugern zum Ziele. Das klar erkennbare Motiv ist seine Demagogie vor der Front gegen die Sozialdemokraten. Da die Sozialdemokratie offiziell Waffensiegeln nicht, ist das negative Schicksal der Aktion von vornherein besiegelt. Es verdient aber doch festgestellt zu werden, daß die jetzige Einstellung der Sozialdemokratie sich wesentlich und vorteilhaft von ihrer Haltung im Jahre 1926 unterscheidet. Damals markierte sie bei der Fürstenerhebung mit steigenden Stimmen hinter den Kommunisten her, obwohl ein demokratisches Initiativgesetz und eine Regierungsvorlage eine viel bessere Regelung erstritten, als sie dann infolge Verfassens der Sozialdemokratie erreicht werden konnte.

Das zweite Volksbegehren ist vom Stahlhelm zu erwarten, der von vaterländischen Verband zur politischen Korporation sich gewandelt hat. Diese Wandlung ist zu begrüßen. Sie schafft klare Verhältnisse und zwingt die politischen Parteien, Farbe auch in Dingen zu bekennen, wo einige von ihnen aus laienhaften Gründen bisher laubten oder zwei „Hilfen“ unterließen. Die Einzelheiten dieses Volksbegehrens sind noch nicht bekannt, aber die Begründung ist mit zweifelsfreier Deutlichkeit zu erkennen. „Wir wollen mit ganzer Seele den augenblicklichen Staatsaufbau, seine Form, seinen Inhalt, sein Werden und sein Wesen“ — man wird sich in robuster oder danteskerweise Freiheit die Motive des Vorgehens des Stahlhelms klar gelegt, damit ich auch ohne weiteres die Einstellung für die gegeben, die nach zehnjähriger mißglückter Arbeit nicht wieder von vorn anfangen wollen. Wenn die Aktion des Stahlhelms dem beiträgt, Regierung und Parlament die zum Ueberdruß übertriebenen großen Reformprobleme, Wahlreform, Reichsreform, Vermögensgleichheit aus dem Blick theoretischer Erörterungen in das Stadium herbeizuführen angestrichelt, geistlicher Übung zu überführen, so wird nicht nur den Stahlhelmen der Wind aus den Segeln genommen, sondern ihr Vorgehen wird dann eine, wenn auch ungewollte, Festigung der Republik nach Form und Inhalt bringen.

Die sächsische Wirtschaftspartei gegen ihren Finanzminister

Kurz vor dem Wiederaustritt des sächsischen Landtages unternimmt jetzt die sächsische Wirtschaftspartei gegen den Finanzminister Weber, der ihr selbst angebot, einen scharfen Vorstoß. Während die übrigen Parteien mit ihrer Kritik an Webers Politik zurückhalten, ist die Wirtschaftspartei mit ihm am unangenehmsten. Er hat allerdings keine Parteifreunde fast enttäuscht, denn er, der als Syndikus des Handwerks vor dem Landtagsausbruch 1926 mit größter Schärfe die Erhebung der Realsteuern und die Aufhebung der Schatzkammer geordert hatte, hat keine seiner Forderungen verwirklicht, nachdem er Finanzminister geworden ist.

Vor kurzem hat nun ein führendes Mitglied der sächsischen Wirtschaftspartei, Dr. Grumbt, in einer Berichterstattung des in dieser Partei sehr einflussreichen Verbandes Sächsischer Hausbesitzer erklärt, der sächsische Mittelstand sei am Ende seiner Geduld und werde nimmermehr durch einen Antrag im Landtag das fordern, was ihm auf Grund des § 4a des Reichsfinanzausgleichsgesetzes zustehe, nämlich daß die Mehrerträge aus den direkten Realsteuern zur Senkung der Realsteuern verwendet werden.

Parteinachrichten

Anton Erkelens 50 Jahre

Unser Führer und Freund Anton Erkelens rückt nun auch in die Reihe der Fünfzigjährigen ein. An diesem Lebensjahrtritt kommt zu ihm Dank und Gruß von seinen Freunden im Lande, die für die gleichen Aufgaben kämpfen, an die Erkelens sein Leben geknüpft hat. Der Begriff des „Volkstammes“ in seinem Leben und tiefsten Sinne verankert sich in Anton Erkelens. Er hat immer Wert darauf gelegt, auf die Stimmen zu hören, die von unten kamen.

Die Zeitung im Gefängnis

Der „Leuchtturm“.

Von Dr. Humann, Präsident des Strafvollzugsamtes in Westfalen.

Mehr als 280 000 Menschen waren im Rechnungsjahr 1927 allein in den preussischen Strafanstalten und Gefängnissen untergebracht. Diese Zahlen zeigen, daß der Strafvollzug eine Angelegenheit ist, die auch in unser Gemeinleben tief eingreift, und es ist deshalb mit Dank zu begrüßen, daß der preussische Justizminister Dr. Schmidt eine Publikation angeordnet hat, die über das Wesen und die Fragen des Strafvollzuges Aufklärung gibt. Diese Darstellung „Strafvollzug in Preußen“ ist erschienen in der Schriftenreihe der Verwaltungsakademie Berlin bei J. Neudörfer, Mannheim, Berlin, Leipzig. Besonders Interesse verdient das Kapitel über die eigenartige Gefangenenszeitung „Der Leuchtturm“.

„Der Gedanke, daß der Gefangene über die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse auf dem Laufenden gehalten werden muß, hat sich schon seit Jahrhunderten durchgesetzt. Bereits im Jahre 1889 läßt Kropke, wenn auch zögernd und misstrauisch, die politische Tageszeitung in der Gefängnisse hinein.“

Die Strafbauverwaltung und die Befreiung von Vermer sinden von Grund auf die Stellung des einzelnen zum Gemeinwesen. Der Staatsbürger erhebt mit weitgehenden öffentlichen Rechten eine entsprechende Verantwortung. Nach der zeitlichen Befreiung hat eines Tages die Mitverantwortung für das öffentliche Geschehen zu tragen, wenn er auch für eine begrenzte Zeit noch an der Wahrung der bürgerlichen Ehrenrechte behindert sein mag. Wenn man daher früher sein Interesse an einer politischen Zeitung mehr aus fürerprobten Erwägungen betrachtete, so mußte man ihm von nun an das Recht auf die Zeitung auch aus staatspolitischen Gründen zuerufen.

Die preussische Justizverwaltung überzieht nicht, reißt diese Konsequenz zu ziehen. Bereits im Dezember 1918

eröffnete sie weit die Tore ihrer Anstalten für die Zeitungen aller Parteien und gab die ganzen Mittel des Gefangenens für das Bezugsgehalt frei. Diese Großzügigkeit wurde ihr nicht gedankt. Die zügellose Sprache anderer Organe und die Revellen in den Anstalten nötigten bereits im Jahre 1921 zum Ausschluß der radikalen Presse. Vom Jahre 1923 ab durfte der Gefangene nur noch von seinem Hausgeld den Bezugspreis bezahlen. Auch konnte er nur noch in der Zeit keine Zeitung halten; es hatte sich als unmöglich herausgestellt, in einem Gemeinschaftsraum Frieden und Ordnung aufrecht zu erhalten, wenn dort Zeitungen, bescheidenen politischen Richtungen gelesen wurden. Der Versuch, den Gefangenen in Verbindung mit den neulichgeleiteten Sonntagsarbeiten das Wichtigste aus dem öffentlichen Leben mündlich vorzutragen zu lassen, mißlang. Es fehlte an dem „wirklich unparteiischen“ Beamten, es fehlte noch mehr an dem gewandten Redner, der den heißen Stoff interessant vorzutragen versteht.

Inderezeit ist es seit dem Ende der Inflation und noch mehr seit dem Beginn der Stabilisierung dem Gefangenen an dem nötigen Verdienst, um den Bezugspreis einer Zeitung zu erheben. Eine Tageszeitung ist kaum noch unter 3 Mark monatlich zu haben. Das ist etwas mehr als der Gefangene im Durchschnitt an Hausgeld verfügbar hat. Zudem ist er bei allem politischen Bewußtsein nicht geneigt, zugunsten seiner Zeitung dauernd auf den Einkauf von Informationsmitteln zu verzichten. Der Maßstab der Zeitung in den Gefängnissen seit dem Jahre 1924 beruht zum großen Teil auf diesen wirtschaftlichen Gründen, zum Teil allerdings auch auf dem Nachlassen der politischen Spannung.

Trotz der Berücksichtigung des öffentlichen Lebens blieb die staatsbürgerliche Weiterbildung des Gefangenen im staatsrechtlichen Sinne wichtig genug. Daneben hatten die wirtschaftlichen Umwälzungen der Inflation und die rechtlichen Ereignissen der letzten Jahre die Notwendigkeit gezeigt, daß der Gefangene bei seiner Entlassung auch in diesen Dingen auf der Höhe ist.

Man verfuhr in einigen Anstalten noch eine Weile, allerdings ohne besonderen Erfolg, von den Verlegern abgelegte Tageszeitungen gratis zu erhalten. Der Versuch von Zeitungen auf Staatskosten für alle Gefangenen wurde sich aus finanziellen Gründen, er hätte auch zu zahlreichen Beschwerden über angelegte mangelnde Parität geführt.

Es blieb also unangenehm nur die Gründung einer besonderen Gefangenenszeitung übrig. Die preussische Justizverwaltung hatte sich jetzt Jahren mit diesem Gedanken vertraut gemacht. In den länderlichen Ländern bestanden derartige Wälder seit der Vorkriegszeit. Allerdings hatten sie ein ziemlich bescheidenes Ausmaß und dienten neben der Nachrichtenvermittlung auch weitgehend der moralischen Einwirkung auf den Strafling. Die ausländischen Gefangenenszeitungen, von denen hier die italienischen und französischen genannt sein mögen, predigen in sentimentaler Weise Moral. Sie sind allerdings technisch gut ausgestattet.

Das Hauptbedenken in Preußen war die Kostenfrage. Nach ein Ministerialerlaß vom Dezember 1923 betonte, daß an die Herausgabe einer besonderen Gefangenenszeitung bei der finanziellen Lage des Staates nicht zu denken sei.

Die Strafanstalt in Görtz lag sich durch die Sperrigkeit, die angeordneten Sonntagsverträge über die politischen Ereignisse abhalten zu lassen, veranlaßt, in ihrer Druckerei auf der Sandprie ein kleines Nachrichtenblatt für ihre Gefangenen herauszugeben. Das erste Nummer erschien am 1. September 1924. Sie trug den Titel „Schließliche Anstaltszeitung“ und umfaßte 8 Seiten Folio. In knapper und sachlicher Form waren politische Nachrichten wiedergegeben, es schloßen sich wirtschaftliche und rechtliche Mitteilungen an. Da der Justizminister einen neutralen Titel wünschenswert hielt, so wurde der Zeitung der Name „Der Leuchtturm“. Unter dieser Bezeichnung kam die Nummer 6 im April 1925 heraus. Die Auflage betrug 20 000 Stück. Die Zeitung des Strafvollzugsamtes in Westfalen ausgebildeter Justizrat erließen alle 14 Tage in dem älteren Format der großen Tageszeitungen. Sie wurde von jetzt ab auf einer Schnell-

Und er ist immer ein Begleiter gewesen allen, denen das Leben nicht eine bevorzugte Stellung durch Geburt und Reichtum gegeben hat.

Vor dem Kriege war Erzelens in Wort und Schrift ein Kämpfer für die Rechte der Deutschen, die ihren Anspruch, teilhaben an den Staatsgütern der Nationen, geltend machten. Als ein Mann der Sozialpolitik ging er fort von dem Kriege neue und eigene Wege, zeigte er Ziele, um die zu kämpfen und zu arbeiten sich lohnte. Den



Anton Erzelens.

sozialpolitischen Pflichten des Staates und der Arbeitgeber hat er aber auch die sozialpolitischen Pflichten der Arbeitnehmer entgegen gesetzt. Manches von dem, für das er vor dem Kriege stritt, ist inzwischen Wirklichkeit geworden. Sie bleibt noch zu tun, und insofern hat auch Anton Erzelens, der Pionierarbeit, noch große Aufgaben vor sich. Seine Auffassungen sind nicht immer ohne Widerspruch geblieben, und zwar deshalb nicht, weil er neue Wege zu neuen Zielen suchte. Die Demokratische Partei aber ist nicht eine doktrinaire Angelegenheit, und in keiner anderen Partei heißt Erzelens eine solche Wirkungs- und Entfaltungsmöglichkeit gefunden als gerade bei uns. Seine ganzen Kräfte widmete Erzelens der jungen Republik und den Problemen, die der neue Staat wirtschaftlich und politisch brachte.

Die Wehranforderungen der Nachkriegszeit sind auch an Anton Erzelens nicht spurlos vorübergegangen. Die Deutsche Demokratische Partei erwarbt, wenn er in seiner Gesundheitskraft in die Reihe der Kämpfer wieder eintritt, noch viel von ihm. Die Republik braucht Männer wie Erzelens, der durch seine Aufrichtigkeit und seine Herzlichkeit die Achtung und die Freundschaft aller Gefinnungstreuen bezieht.

Bezirk Halle Stadtvorordnetenwahl

Heinliche Entscheidung vom „Ordnungsblat“.

Halle. Unsere Mitglieder werden sich daran erinnern, daß bereits im Januar Beratungen eintraten, um auch für die damals mit Ablauf d. 3. vorgesehene Stadtvorordnetenwahl wiederum eine Einheitsliste auf der Grundlage eines sogenannten „Baterländischen Ordnungsblatts“ zustande zu bringen. Wenigstens wir schon damals der Ansicht waren, daß die vom „Ordnungsblat“ geleistete Arbeit nicht nur an das Gut und ihr beim Stadtkonvent und bei Belegung der 2. Bürgermeisterei keine für die Stadt als glückliche gewesen ist, so befürchteten wir uns zunächst doch an den Beratungen und bedachten auch die im Wesen von Vertretern wirtschaftlicher Parteien und Wirtschaftsgruppen am 10. Januar abgehaltenen Sitzung. Als in dieser aber gegen Schluß der Beratungen der Beauf-

tragte des Stahlhelms erklärte, an einer Einheitsliste, auf der auch Demokraten ständen, würde sich der Stahlhelm nicht beteiligen, was es für uns selbstverständlich, daß wir die Herrschaften unter sich ließen und jede weitere Beteiligung an den Beratungen ablehnten. Im Laufe der Monate mußte man aber erkannt haben, daß das brüske Verhalten des Stahlhelms uns gegenüber in weiten Kreisen der Bürgerchaft starken Unwillen ausgelöst hatte. Zudem hatte man an den betreffenden Stellen auch wohl selbst den Eindruck, daß eine beratige Diktatur des Stahlhelms wenig erträglich sei. Kurz und gut, man trat durch den Weiter des seinerzeit gewährten Ausschusses für die Einheitsliste wiederum an uns heran und legte uns eine Beteiligung an den Beratungen nahe. Man schrieb uns sogar, der Stahlhelm sei anderen Sinnes geworden und wolle seine Bedenken gegen unsere Beteiligung zurückziehen.

Unsere Auffassung nach haben wir gar keine Veranlassung, uns in ein Abhängigkeitsverhältnis von dem Wohlwollen des Stahlhelms zu begeben. Wir suchen die Herrschaften nicht. Und so haben wir auf eine wiederholte Einladung des Vorsitzenden des Ausschusses, Herrn Direktor Buchmann, an diesen am 8. 10. nachfolgendes Schreiben gelangen lassen:

„Sehr geehrter Herr Buchmann!
Auf Ihr geschätztes Schreiben vom 26. 9. an unseren Vorsitzenden, Herrn Winter, mit beifolgender Einladung zu einer Sitzung des 2ter Ausschusses, teile ich Ihnen im Auftrage unseres Vorstandes ergebenst mit, daß die angelegentlich vom Stahlhelm abgegebene Erklärung, gegen eine Beteiligung der Deutschen Demokratischen Partei an einer bürgerlichen Einheitsliste legt keine Einwendungen mehr zu erheben, uns selbstverständlich in keiner Weise beunruhigen kann. Aber selbst wenn diese Erklärung vom Stahlhelm in einer für uns einwandfreien Form noch nachgeholt werden sollte, können wir uns für die Zukunft nicht für die Bürgerchaft der Stadt Halle erhebliches Zusammenarbeiten mit einer Gruppe verpflichten, die bereits in der Vergangenheit der Verhandlung (10. Januar) erklärte, sich nur unter der Bedingung an einer bürgerlichen Einheitsliste beteiligen zu wollen, wenn die Deutsche Demokratische Partei in diese bürgerliche Einheitsliste nicht mit einbezogen würde, und die diesbezügliche in brüsker Form abgegebene Erklärung in einer am 9. Februar abgehaltenen Versammlung der Vaterländischen Verbände durch einen einstimmig gefaßten gleichlautenden Beschluß wiederholte und bestätigte.“

Überdies hat die bisherige Arbeit des Vaterländischen Ordnungsblatts in weiten Kreisen der Bevölkerung zweifellos eine so heftige Kritik erfahren, daß bei der Wiederholung einer auf derselben Grundlage zusammengefügten Einheitsliste nicht mit dem Interesse der Bürgerchaft unbedingt erforderlichen fairesten Wahlbestätigung der nicht sozialistisch eingestellten Kreise gerechnet werden kann.“

Hochachtungsvoll
Herrn Dr. Johannes Dornblüth.

Die Auswirkung dieses vom geschäftsführenden Vorstand beschlossenen Schreibens wird unseren Mitgliedern durch die Presse bekannt gemacht sein. Die Deutsche Volkspartei hat nunmehr aus erklärt, sich an einer Einheitsliste auf der Grundlage des „Ordnungsblatts“ nicht wieder beteiligen zu wollen. Diese Erklärung haben einige Wirtschaftsgruppen (ehemals allerdings vorläufig in beider Form) abgegeben. Und da inzwischen die Stadtvorordnetenwahl bis zum Spätherbst nächsten Jahres vertagt worden ist, können wir die weitere Einwirkung der Dinge an uns heranommen lassen. Wir hoffen dabei, das können wir schon jetzt offen bezeugen, daß es möglich sein wird, durch Zusammenfassung von wirklich liberal eingestellten Gruppen gegenüber denjenigen, die wiederum in einem sogenannten Ordnungsblat Unterhändler, eine rein lichte Scheidung herbeizuführen. Denn dann haben auch diejenigen bürgerlichen Wähler, die von der Arbeit dieses „Ordnungsblatts“ genug haben und die politisch und alles Krinnelle bleiben. Auch muß der Schriftleiter dieses Blattes darauf nehmen, daß sein Blatt von den Angehörigen aller Bekenntnisse, von Frauen und von Jugendlichen gelesen wird. Ein einheitliches Bekenntnis zum deutschen Völkertum ist für eine antilige Zeitung selbstverständlich.

Ferngehalten wird jeder Hinweis darauf, daß die Ver-
Gefangene find. Nur in Ausnahmefällen werden Ihnen Nachrichten gebracht, die für sie in ihrer besonderen Lage von Bedeutung sind.

Das Mißtrauen der Gefangenen gegen die ihnen amtlich gereichte Zeitung ist verschwunden. Zahlreiche Dankesbriefe zeigen, was sie ihnen geworden ist. Dieses persönliche Verhältnis beruht nicht zuletzt darauf, daß der Gefangene für seine Zeitung besorgt. Wenn sie ihm unentgeltlich geliefert wurde, so würde er in seinem bekannten Mißtrauen eine Forderung wittern und sie kühnlich ablehnen.

Die Befreiung des „Leuchtturms“ ist eine heilsbringende. Er will verhalten, daß der gefangene Staatsbürger dem politischen Geschehen ganz entfremdet wird, und daß er sich bei seiner Entlassung in der veränderten Welt der Politik und Wirtschaft nicht mehr zurechtfindet. Darin sieht die Zeitung ihren Augen, und damit begnügt sie sich.“

trage des Stahlhelms erklärte, an einer Einheitsliste, auf der auch Demokraten ständen, würde sich der Stahlhelm nicht beteiligen, was es für uns selbstverständlich, daß wir die Herrschaften unter sich ließen und jede weitere Beteiligung an den Beratungen ablehnten. Im Laufe der Monate mußte man aber erkannt haben, daß das brüske Verhalten des Stahlhelms uns gegenüber in weiten Kreisen der Bürgerchaft starken Unwillen ausgelöst hatte. Zudem hatte man an den betreffenden Stellen auch wohl selbst den Eindruck, daß eine beratige Diktatur des Stahlhelms wenig erträglich sei. Kurz und gut, man trat durch den Weiter des seinerzeit gewährten Ausschusses für die Einheitsliste wiederum an uns heran und legte uns eine Beteiligung an den Beratungen nahe. Man schrieb uns sogar, der Stahlhelm sei anderen Sinnes geworden und wolle seine Bedenken gegen unsere Beteiligung zurückziehen.

Unsere Auffassung nach haben wir gar keine Veranlassung, uns in ein Abhängigkeitsverhältnis von dem Wohlwollen des Stahlhelms zu begeben. Wir suchen die Herrschaften nicht. Und so haben wir auf eine wiederholte Einladung des Vorsitzenden des Ausschusses, Herrn Direktor Buchmann, an diesen am 8. 10. nachfolgendes Schreiben gelangen lassen:

„Sehr geehrter Herr Buchmann!
Auf Ihr geschätztes Schreiben vom 26. 9. an unseren Vorsitzenden, Herrn Winter, mit beifolgender Einladung zu einer Sitzung des 2ter Ausschusses, teile ich Ihnen im Auftrage unseres Vorstandes ergebenst mit, daß die angelegentlich vom Stahlhelm abgegebene Erklärung, gegen eine Beteiligung der Deutschen Demokratischen Partei an einer bürgerlichen Einheitsliste legt keine Einwendungen mehr zu erheben, uns selbstverständlich in keiner Weise beunruhigen kann. Aber selbst wenn diese Erklärung vom Stahlhelm in einer für uns einwandfreien Form noch nachgeholt werden sollte, können wir uns für die Zukunft nicht für die Bürgerchaft der Stadt Halle erhebliches Zusammenarbeiten mit einer Gruppe verpflichten, die bereits in der Vergangenheit der Verhandlung (10. Januar) erklärte, sich nur unter der Bedingung an einer bürgerlichen Einheitsliste beteiligen zu wollen, wenn die Deutsche Demokratische Partei in diese bürgerliche Einheitsliste nicht mit einbezogen würde, und die diesbezügliche in brüsker Form abgegebene Erklärung in einer am 9. Februar abgehaltenen Versammlung der Vaterländischen Verbände durch einen einstimmig gefaßten gleichlautenden Beschluß wiederholte und bestätigte.“

Überdies hat die bisherige Arbeit des Vaterländischen Ordnungsblatts in weiten Kreisen der Bevölkerung zweifellos eine so heftige Kritik erfahren, daß bei der Wiederholung einer auf derselben Grundlage zusammengefügten Einheitsliste nicht mit dem Interesse der Bürgerchaft unbedingt erforderlichen fairesten Wahlbestätigung der nicht sozialistisch eingestellten Kreise gerechnet werden kann.“

Hochachtungsvoll
Herrn Dr. Johannes Dornblüth.

Die Auswirkung dieses vom geschäftsführenden Vorstand beschlossenen Schreibens wird unseren Mitgliedern durch die Presse bekannt gemacht sein. Die Deutsche Volkspartei hat nunmehr aus erklärt, sich an einer Einheitsliste auf der Grundlage des „Ordnungsblatts“ nicht wieder beteiligen zu wollen. Diese Erklärung haben einige Wirtschaftsgruppen (ehemals allerdings vorläufig in beider Form) abgegeben. Und da inzwischen die Stadtvorordnetenwahl bis zum Spätherbst nächsten Jahres vertagt worden ist, können wir die weitere Einwirkung der Dinge an uns heranommen lassen. Wir hoffen dabei, das können wir schon jetzt offen bezeugen, daß es möglich sein wird, durch Zusammenfassung von wirklich liberal eingestellten Gruppen gegenüber denjenigen, die wiederum in einem sogenannten Ordnungsblat Unterhändler, eine rein lichte Scheidung herbeizuführen. Denn dann haben auch diejenigen bürgerlichen Wähler, die von der Arbeit dieses „Ordnungsblatts“ genug haben und die politisch und alles Krinnelle bleiben. Auch muß der Schriftleiter dieses Blattes darauf nehmen, daß sein Blatt von den Angehörigen aller Bekenntnisse, von Frauen und von Jugendlichen gelesen wird. Ein einheitliches Bekenntnis zum deutschen Völkertum ist für eine antilige Zeitung selbstverständlich.

Ferngehalten wird jeder Hinweis darauf, daß die Ver-
Gefangene find. Nur in Ausnahmefällen werden Ihnen Nachrichten gebracht, die für sie in ihrer besonderen Lage von Bedeutung sind.

Das Mißtrauen der Gefangenen gegen die ihnen amtlich gereichte Zeitung ist verschwunden. Zahlreiche Dankesbriefe zeigen, was sie ihnen geworden ist. Dieses persönliche Verhältnis beruht nicht zuletzt darauf, daß der Gefangene für seine Zeitung besorgt. Wenn sie ihm unentgeltlich geliefert wurde, so würde er in seinem bekannten Mißtrauen eine Forderung wittern und sie kühnlich ablehnen.

Die Befreiung des „Leuchtturms“ ist eine heilsbringende. Er will verhalten, daß der gefangene Staatsbürger dem politischen Geschehen ganz entfremdet wird, und daß er sich bei seiner Entlassung in der veränderten Welt der Politik und Wirtschaft nicht mehr zurechtfindet. Darin sieht die Zeitung ihren Augen, und damit begnügt sie sich.“

Wie lange wird es noch dauern, bis in jedem Heim / wie heute ein Radio-Empfänger / auch der Bildfunk-Apparat steht, der durch drahtlose Bild-Übertragung auch die technische Vollendung des Rundfunk bringt? Über alle Fortschritte auf diesem Gebiet wie auch über viele andere interessante Dinge erzählt jedesdem verständlich die grübe Funkzeitschrift „Der Deutsche Rundfunk“, der überdies allwöchentlich familiäre ausführlichen Programme aller in- und ausländischen Sender bringt

Erhältlich zu 20 Pf. / Monatsheshe 24 Pf. / Man bestellst am besten beim Postamt oder bei einer Buchhandlung. / Preisheft gern umsonst vom Verlag, Berlin N 20

Bildfunk

Ein Radio-Empfänger / auch der Bildfunk-Apparat steht, der durch drahtlose Bild-Übertragung auch die technische Vollendung des Rundfunk bringt? Über alle Fortschritte auf diesem Gebiet wie auch über viele andere interessante Dinge erzählt jedesdem verständlich die grübe Funkzeitschrift „Der Deutsche Rundfunk“, der überdies allwöchentlich familiäre ausführlichen Programme aller in- und ausländischen Sender bringt

Erhältlich zu 20 Pf. / Monatsheshe 24 Pf. / Man bestellst am besten beim Postamt oder bei einer Buchhandlung. / Preisheft gern umsonst vom Verlag, Berlin N 20

Erhältlich zu 20 Pf. / Monatsheshe 24 Pf. / Man bestellst am besten beim Postamt oder bei einer Buchhandlung. / Preisheft gern umsonst vom Verlag, Berlin N 20

Erhältlich zu 20 Pf. / Monatsheshe 24 Pf. / Man bestellst am besten beim Postamt oder bei einer Buchhandlung. / Preisheft gern umsonst vom Verlag, Berlin N 20

Erhältlich zu 20 Pf. / Monatsheshe 24 Pf. / Man bestellst am besten beim Postamt oder bei einer Buchhandlung. / Preisheft gern umsonst vom Verlag, Berlin N 20

Erhältlich zu 20 Pf. / Monatsheshe 24 Pf. / Man bestellst am besten beim Postamt oder bei einer Buchhandlung. / Preisheft gern umsonst vom Verlag, Berlin N 20

Erhältlich zu 20 Pf. / Monatsheshe 24 Pf. / Man bestellst am besten beim Postamt oder bei einer Buchhandlung. / Preisheft gern umsonst vom Verlag, Berlin N 20

Erhältlich zu 20 Pf. / Monatsheshe 24 Pf. / Man bestellst am besten beim Postamt oder bei einer Buchhandlung. / Preisheft gern umsonst vom Verlag, Berlin N 20

Erhältlich zu 20 Pf. / Monatsheshe 24 Pf. / Man bestellst am besten beim Postamt oder bei einer Buchhandlung. / Preisheft gern umsonst vom Verlag, Berlin N 20

Erhältlich zu 20 Pf. / Monatsheshe 24 Pf. / Man bestellst am besten beim Postamt oder bei einer Buchhandlung. / Preisheft gern umsonst vom Verlag, Berlin N 20

Erhältlich zu 20 Pf. / Monatsheshe 24 Pf. / Man bestellst am besten beim Postamt oder bei einer Buchhandlung. / Preisheft gern umsonst vom Verlag, Berlin N 20

Erhältlich zu 20 Pf. / Monatsheshe 24 Pf. / Man bestellst am besten beim Postamt oder bei einer Buchhandlung. / Preisheft gern umsonst vom Verlag, Berlin N 20

Erhältlich zu 20 Pf. / Monatsheshe 24 Pf. / Man bestellst am besten beim Postamt oder bei einer Buchhandlung. / Preisheft gern umsonst vom Verlag, Berlin N 20

Erhältlich zu 20 Pf. / Monatsheshe 24 Pf. / Man bestellst am besten beim Postamt oder bei einer Buchhandlung. / Preisheft gern umsonst vom Verlag, Berlin N 20

Erhältlich zu 20 Pf. / Monatsheshe 24 Pf. / Man bestellst am besten beim Postamt oder bei einer Buchhandlung. / Preisheft gern umsonst vom Verlag, Berlin N 20

Erhältlich zu 20 Pf. / Monatsheshe 24 Pf. / Man bestellst am besten beim Postamt oder bei einer Buchhandlung. / Preisheft gern umsonst vom Verlag, Berlin N 20

Erhältlich zu 20 Pf. / Monatsheshe 24 Pf. / Man bestellst am besten beim Postamt oder bei einer Buchhandlung. / Preisheft gern umsonst vom Verlag, Berlin N 20

Erhältlich zu 20 Pf. / Monatsheshe 24 Pf. / Man bestellst am besten beim Postamt oder bei einer Buchhandlung. / Preisheft gern umsonst vom Verlag, Berlin N 20

Erhältlich zu 20 Pf. / Monatsheshe 24 Pf. / Man bestellst am besten beim Postamt oder bei einer Buchhandlung. / Preisheft gern umsonst vom Verlag, Berlin N 20

Erhältlich zu 20 Pf. / Monatsheshe 24 Pf. / Man bestellst am besten beim Postamt oder bei einer Buchhandlung. / Preisheft gern umsonst vom Verlag, Berlin N 20

Erhältlich zu 20 Pf. / Monatsheshe 24 Pf. / Man bestellst am besten beim Postamt oder bei einer Buchhandlung. / Preisheft gern umsonst vom Verlag, Berlin N 20

Erhältlich zu 20 Pf. / Monatsheshe 24 Pf. / Man bestellst am besten beim Postamt oder bei einer Buchhandlung. / Preisheft gern umsonst vom Verlag, Berlin N 20

Biederholung einer Einheitsliste auf seiner Grundlage ablehnen, Gelegenheit zu einer entsprechenden Maßnahme. Einseitiges geschäftliches am „Ordnungsblat“ vermehrt unserer Auffassung nach die Gefahr einer überparteilichen Aufhebung der Wahlen. Eine reinliche Entscheidung der bürgerlichen Wähler in liberaler und rechtschöner Gruppen dagegen bezieht diese Gefahr. In diesem Sinne werden die Vorbereitungsarbeiten zu gegebener Zeit aufnehmen.

Halle. Friedrich-Raumann-Bund. (Jugendmilitären). Unsere nächste Versammlung findet am Mittwoch, dem 17. Oktober, abends 20 Uhr, im Restaurant „St. Nicolaus“, Gr. Wollstraße, statt. Herr Marx bespricht über „Die deutschen Gewerkschaften und ihre Bedeutung für das Volksganze“. Parteimitglieder sind herzlich willkommen.

Halle. Deutsch-Demokratische Frauengruppe. Donnerstag, den 18. Oktober, abends 8,15 Uhr, im Nicolaus, Herr Professor Dr. Dräger spricht über das Thema „Gibt es demokratische Erziehungsgründe?“

Halle. Am Donnerstag, dem 25. Oktober, abends 8 Uhr, findet im Weinmarkt-Schützenhaus eine Mitglieder-Versammlung statt. Die Tagesordnung sieht mehrere kurze Vorträge vor über „Wichtige kommunale und politische Vorgänge der letzten Zeit“. Dabei werden behandelt: a) die Stellung unserer Partei zu den Stadtvorordnetenwahlen, b) Volksgewahren - Volkswirtschaft, c) Bericht über die Beratungen des am 20. und 21. in Berlin abgehaltenen Parteiausschusses, d) die Beamtentagung in Negeburg, e) die Beamtentagung in Dresden. An die Kassenrollen wird eine Ausdrucks-Mappe an den Anwesenden werden auf diese wichtige Veranlassung noch hinweisen. Der Vorstand bittet aber schon jetzt alle Mitglieder, sich für den bevorstehenden Abend zum Besuch der Versammlung frei zu halten.

Halle. Am Donnerstag, dem 25. Oktober, abends 8 Uhr, findet im Weinmarkt-Schützenhaus eine Mitglieder-Versammlung statt. Die Tagesordnung sieht mehrere kurze Vorträge vor über „Wichtige kommunale und politische Vorgänge der letzten Zeit“. Dabei werden behandelt: a) die Stellung unserer Partei zu den Stadtvorordnetenwahlen, b) Volksgewahren - Volkswirtschaft, c) Bericht über die Beratungen des am 20. und 21. in Berlin abgehaltenen Parteiausschusses, d) die Beamtentagung in Negeburg, e) die Beamtentagung in Dresden. An die Kassenrollen wird eine Ausdrucks-Mappe an den Anwesenden werden auf diese wichtige Veranlassung noch hinweisen. Der Vorstand bittet aber schon jetzt alle Mitglieder, sich für den bevorstehenden Abend zum Besuch der Versammlung frei zu halten.

Halle. Am Donnerstag, dem 25. Oktober, abends 8 Uhr, findet im Weinmarkt-Schützenhaus eine Mitglieder-Versammlung statt. Die Tagesordnung sieht mehrere kurze Vorträge vor über „Wichtige kommunale und politische Vorgänge der letzten Zeit“. Dabei werden behandelt: a) die Stellung unserer Partei zu den Stadtvorordnetenwahlen, b) Volksgewahren - Volkswirtschaft, c) Bericht über die Beratungen des am 20. und 21. in Berlin abgehaltenen Parteiausschusses, d) die Beamtentagung in Negeburg, e) die Beamtentagung in Dresden. An die Kassenrollen wird eine Ausdrucks-Mappe an den Anwesenden werden auf diese wichtige Veranlassung noch hinweisen. Der Vorstand bittet aber schon jetzt alle Mitglieder, sich für den bevorstehenden Abend zum Besuch der Versammlung frei zu halten.

Kreisparteitag in Cisleben

Der am Sonntag, dem 7. Oktober, stattgefundene Parteitag der Deutschen Demokratischen Partei für die Mansfelder Kreise und den Stadtkreis Cisleben war von zahlreichen Parteifreunden aus Stadt und Land besucht. Nach Eröffnung der Sitzung durch den 1. Vorsitzenden, Kreisamtsleiter Herr Dr. Dräger, wurde die Tagesordnung der Sitzung durch den 2. Vorsitzenden, Kreisamtsleiter Herr Dr. Dräger, abgelesen. Die Tagesordnung sah folgende Punkte vor: 1. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 2. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 3. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 4. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 5. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 6. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 7. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 8. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 9. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 10. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 11. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 12. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 13. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 14. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 15. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 16. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 17. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 18. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 19. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 20. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 21. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 22. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 23. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 24. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 25. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 26. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 27. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 28. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 29. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 30. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 31. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 32. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 33. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 34. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 35. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 36. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 37. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 38. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 39. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 40. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 41. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 42. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 43. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 44. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 45. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 46. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 47. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 48. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 49. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 50. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 51. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 52. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 53. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 54. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 55. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 56. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 57. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 58. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 59. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 60. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 61. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 62. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 63. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 64. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 65. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 66. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 67. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 68. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 69. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 70. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 71. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 72. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 73. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 74. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 75. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 76. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 77. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 78. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 79. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 80. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 81. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 82. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 83. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 84. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 85. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 86. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 87. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 88. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 89. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 90. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 91. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 92. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 93. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 94. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 95. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 96. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 97. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 98. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 99. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 100. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 101. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 102. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 103. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 104. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 105. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 106. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 107. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 108. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 109. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 110. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 111. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 112. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 113. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 114. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 115. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 116. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 117. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 118. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 119. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 120. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 121. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 122. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 123. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 124. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 125. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 126. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 127. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 128. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 129. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 130. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 131. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 132. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 133. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 134. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 135. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 136. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 137. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 138. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 139. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 140. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 141. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 142. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 143. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 144. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 145. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 146. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 147. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 148. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 149. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 150. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 151. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 152. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 153. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 154. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 155. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 156. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 157. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 158. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 159. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 160. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 161. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 162. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 163. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 164. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 165. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 166. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 167. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 168. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 169. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 170. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 171. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 172. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 173. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 174. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 175. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 176. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 177. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 178. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 179. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 180. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 181. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 182. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 183. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 184. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 185. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 186. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 187. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 188. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 189. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 190. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 191. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 192. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 193. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 194. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 195. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 196. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 197. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 198. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 199. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 200. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 201. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 202. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 203. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 204. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 205. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 206. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 207. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 208. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 209. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 210. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 211. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 212. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 213. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 214. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 215. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 216. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 217. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 218. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 219. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 220. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 221. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 222. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 223. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 224. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 225. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 226. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 227. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 228. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 229. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 230. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 231. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 232. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 233. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 234. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 235. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 236. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 237. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 238. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 239. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 240. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 241. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 242. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 243. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 244. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 245. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 246. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 247. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 248. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 249. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 250. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 251. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 252. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 253. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 254. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 255. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 256. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 257. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 258. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 259. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 260. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 261. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 262. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 263. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 264. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 265. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 266. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 267. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 268. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 269. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 270. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 271. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 272. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 273. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 274. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 275. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 276. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 277. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 278. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 279. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 280. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 281. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 282. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 283. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 284. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 285. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 286. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 287. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 288. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 289. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 290. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 291. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 292. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 293. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 294. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 295. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 296. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 297. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 298. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 299. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 300. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 301. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 302. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 303. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 304. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 305. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 306. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 307. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 308. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 309. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 310. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 311. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 312. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 313. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 314. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 315. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 316. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 317. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 318. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 319. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 320. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 321. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 322. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 323. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 324. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 325. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 326. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 327. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 328. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 329. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 330. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 331. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 332. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 333. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 334. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 335. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 336. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 337. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 338. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 339. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 340. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 341. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 342. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 343. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 344. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 345. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 346. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 347. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 348. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 349. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 350. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 351. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 352. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 353. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 354. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 355. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr, 35

